

Votum Geschäft 11.000236:

„Microsoft Server-Lizenzierung in der städtischen Informatik: Wahl der Lizenzierungsvariante; Kredit“

20. Oktober 2011, Matthias Stürmer, Stadtrat EVP

Liebe Ratkolleginnen und Ratskollegen

Es freut mich sehr, heute meine erste Sitzung im Stadtrat von Bern zu haben. Ich habe mich sehr gefreut auf das Amt und hatte vorgehabt, die ersten paar Wochen einfach mal den Ratsbetrieb und euch näher kennen zu lernen. Ich hatte definitiv nicht geplant, schon am ersten Tag hier vorne zu stehen.

Nun, erstens kommt es anders und zweitens als man denkt... Die beiden Informatik-Geschäfte von heute haben mich so sehr beschäftigt, dass ich es nicht lassen konnte, etwas zu unternehmen. Dem ersten Geschäft, der Spezialfinanzierung von CLiPx, habe ich zähneknirschend zugestimmt. Verzögerte Projektumsetzung und über 1.6 Millionen Mehrausgaben für bloss eine Windows-zu-Windows-Migration ist alles andere als ein erfolgreiches Informatik-Projekt. Es zeigt einmal mehr auf, dass Informatik alles andere als trivial ist, selbst wenn man angeblich beim gleichen Hersteller bleibt. Aber Informatik ist das Rückgrat der heutigen Verwaltung, drum sind die Mehrausgaben nötig, wenn auch nicht glücklich.

Hingegen das aktuelle Geschäft, das geplante Microsoft Enterprise Agreement mit den CHF 330'000 Franken für nur die Server-Lizenzen, ist **alles andere als notwendig**. Kurz ein paar Hintergrundinformationen, die ich in meiner Tätigkeit als Geschäftsleiter der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit in den letzten zwei Jahren erkannt habe:

Enterprise Agreements sind eine trügerische Lizenz-Innovation von der Firma Microsoft, die es Informatikdiensten erlauben, das öffentliche Beschaffungsrecht legal zu umgehen. Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein Software-Abonnement mit jährlichen Kosten von CHF 88'657 bloss für Server-Lizenzen.

Profitieren tun dabei vor allem die Verwaltung und Microsoft: Einerseits kann so die Städtische Informatik, wie sie selber betont, ohne zusätzliche Ausschreibung jederzeit neue Software-Lizenzen beziehen, was einer verdeckten Beschaffung gleich kommt. Andererseits bindet Microsoft mit einem Enterprise Agreement die öffentliche Verwaltung noch stärker an seine Produktpalette, die in sich bereits technisch stark verzahnt ist. Microsoft Word wird zu einem integralen Bestandteil von Microsoft Sharepoint, Microsoft Outlook betont die Notwendigkeit von Microsoft Exchange vor usw.

Verlierer an diesem Deal sind die Steuerzahlenden, welche eine öffentliche Informatik finanzieren, die vollständig von Microsoft abhängig ist und damit kaum Verhandlungsspielraum und Alternativen hat. Dies belegt unter anderem die Aussage im Geschäft 11.000235 (Seite 8 unten): „Der Gemeinderat ist jedoch nach wie vor der Überzeugung, dass trotz der ausgewiesenen Kosten auf der bewährten Microsoft-Technologie aufgebaut werden muss.“ Die bereits bestehende Abhängigkeit wird als Begründung genommen, noch weitere Abhängigkeiten wie dieses zusätzliche Enterprise Agreement zu schaffen.

Aus folgenden Gründen sollte das vorliegende Geschäft abgelehnt werden:

- Generell gesagt sind Microsoft Enterprise Agreements ein **Schritt in die falsche Richtung**. Abhängigkeiten werden damit verstärkt, nicht reduziert. Mit dem neuen Vertrag erhalten die Informatikdienste einen weiteren Freipass, unbegrenzt Microsoft-Produkte zu beziehen. Durch dieses trügerische Software-Abo entfällt jeglicher Anreiz sparsam mit Lizenzen umzugehen.
- **Dabei ist unklar, ob denn überhaupt jedes Software-Upgrade benötigt wird.** Dies wird auch mit den vergangenen Plattformen aufgezeigt, die weit über 5 Jahre ohne Ablösung in Betrieb standen. Mit dem Enterprise Agreement ist eine Prüfung der Bedürfnisse gar nicht mehr nötig, weil die Software sowieso als Lizenz-Upgrade vorliegt – bei jährlich konstanten CHF 88'657 versteht sich.

- **Die errechneten Kosteneinsparungen sind ausserdem marginal und höchst unsicher.** In ganzen 15 Jahren (etwa ein Jahrhundert in der IT-Welt) sollen gerade mal CHF 250'000 eingespart werden. Man kann davon ausgehen, dass in 15 Jahren mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Kostenstrukturen völlig anders sind.
- **Es ist zudem fraglich, ob die Lizenz-Zahlungen von CHF 330'165 legal sind.** Ab CHF 250'000 müssen öffentliche Beschaffungen über eine WTO-Ausschreibung submissioniert werden.
- **Gleichzeitig ist es ein strategisches Geschäft ohne kurzfristige technische Auswirkungen.** Wenn der Stadtrat das vorliegende Geschäft ablehnt, so hat dies keine negativen Konsequenzen auf die operative Tätigkeit der Informatikdienste. Falls die Verantwortlichen in bspw. einem halben Jahr belegen können, dass tatsächlich keine Alternativen zum Enterprise Agreement bestehen, kann dieser Vertrag auch dann noch unterzeichnet werden.
- **Ich behaupte es wurde nie ernsthaft geprüft, welche Software-Alternativen für die Microsoft-Server bestehen.** Es sollte deshalb erst von Firmen wie Red Hat, Suse oder auch Berner Open Source Dienstleister Vergleichsofferten eingeholt werden, bevor ein weiterer, langfristiger Vertrag mit Microsoft abgeschlossen und der Status Quo der IT-Abhängigkeiten weiter zementiert wird.
- **Meiner Meinung nach sollte ein Teil der 330'000 Franken anstelle für Microsoft-Lizenzen für die Migration auf Linux-Server verwendet werden.** So können die Folgekosten von 90'000 Franken garantiert gesenkt werden.
- **Nebenbei, Open Source Software wie Linux-Server sind millionenfach erprobte und stabile Alternativen:** Städte wie Freiburg i.B., München und Paris, aber auch Unternehmen wie die LVM Versicherungen oder Geberit oder Behörden wie das Bundesgericht setzen seit vielen Jahren erfolgreich Open Source Software ein.
- **So oder so stellt dieses Geschäft eine einmalige Chance dar, ein klares, politisches Signal zu senden,** dass die Entflechtung der Vielzahl von Microsoft-Produkten angestossen wird. Die Informatikdienste haben zu verstehen, dass der Stadtrat nicht jedes IT-Geschäft einfach so durchwinkt. Es muss unser strategisches Ziel sein, dass die Informatik der Stadt Bern die Abhängigkeiten reduziert um wieder eine optimale Kosten-Nutzen-Situation zu schaffen. Dies ist der richtige Moment einzuschreiten.

In dem Sinne stelle ich im Namen der Fraktionen GFL/EVP, SP/JUSO, GB/JA! einen interfraktionellen Rückweisungsantrag. Wir fordern vom Gemeinderat folgendes:

- Der Gemeinderat belegt, dass ein weitergehender Wechsel der Server-Infrastruktur auf das Betriebssystem Linux tatsächlich anhand entsprechender Vergleichsofferten von Open Source Dienstleistern **geprüft wurde.**
- Der Gemeinderat zeigt detailliert auf, weshalb ein weitergehender Wechsel der Server-Infrastruktur auf das **Betriebssystem Linux nicht möglich und nicht wirtschaftlich sein soll.** Die allenfalls nicht mit dem Betriebssystem Linux kompatiblen Fachanwendungen, Datenbanksysteme und weiteren Applikationen und Middleware-Lösungen sind aufzulisten. Die langfristigen Kosten der Open Source-Szenarien sind auf einer Zeitachse von 15 Jahren auszuweisen.
- Der Gemeinderat zeigt auf, wie sich der **Einsatz von zusätzlichen Servern auf die Kostenstruktur** sowohl des Microsoft-Szenarios als auch von Linux-Servern auswirkt.